



Johan Frederik Hartle, 49, ist Philosoph und Kunstwissenschaftler. Seit 2019 leitet er die Akademie der bildenden Künste in Wien.

Demokratie oder: The Time of Our Lives

Wer ist das Volk? Wo ist es – und wann? Und soll es wirklich immer genau eines sein?

*Der Philosoph **JOHAN HARTLE** denkt mit Blick auf Minneapolis, Budapest, Prag und Shenzhen über jene Gemeinschaften nach, die eine Demokratie ausmachen – und jene, die sie gefährden.*

Demokratie ist ein Gefüge aus Institutionen, gesetzlichen Grundlagen und politischen Routinen. Sie ist durch die Möglichkeit der freien und geheimen Wahl und durch den Schutz von Grundrechten gekennzeichnet. Allerdings setzt die Herrschaft des Volkes auch die Möglichkeit voraus, dass es überhaupt ein Volk gibt, das sich zeigt, artikuliert und auf die eine oder andere Weise formiert, um entscheidungsfähig zu sein. Das mag spitzfindig klingen. Trivial ist es nicht.

Das Volk, ein Volk oder viele?

Also: Wer ist das Volk? Die deutsche Sprache kaschiert eine Differenzierung, die im Altgriechischen oder Lateinischen noch hörbar war. „Volk“ meint im Deutschen sowohl das, was im Altertum als *demos* beziehungsweise *populus* einerseits und *ethnos* beziehungsweise *genus* andererseits unterschieden wurde. Das Volk (*ethnos*) ist als eine homogene Sprach-, Kultur-, Glaubens- oder Blutsgemeinschaft vom Begriff des Volkes (*demos*) unterschieden.

Bertolt Brecht hat deswegen vorgeschlagen, den Begriff des Volkes in der deutschen Sprache insgesamt zu meiden und stattdessen von *Bevölkerung* zu sprechen. Die Spannung zwischen beiden Polen im Begriff des Volkes lässt sich allerdings nie ganz aufheben, da die nationalstaatliche (und somit allzu oft ethnisch begründete) Formierung des Wahlvolkes (also auch potenziell des *demos*) von der Idee desselben nicht zu trennen ist.

In den Protestbewegungen am Ende der DDR erscheint das Volk idealtypisch in zweifacher Form: erst als *demos*, dann als *ethnos*. Die frühen Proteste des Jahres 1989 sind gekennzeichnet von gesellschaftlichen Gruppen (christliche Bürgerrechtler, das „Neue Forum“), die gegenüber dem versteinerten Staatsapparat ihre Rechte geltend machen und eine Reihe klassisch-demokratischer Forderungen formulieren: Reisefreiheit, Rechtssicherheit, freie Wahlen. Für viele Menschen in Ost und West war das der große Augenblick der Demokratie, *the time of their lives*. Der Slogan, der in jener Zeit die Straßen Ostdeutschlands beherrscht, lautet: „Wir sind das Volk.“

Am Ende der DDR verschiebt sich die politische Sprache scheinbar unmerklich, aber entscheidend. In genau diesem Sinne artikuliert sich „Volk“ unter dem Einfluss der Ost-CDU zunehmend auf eine andere Weise. Im Vorlauf der letzten Volkskammerwahl am 18. März 1990 hatte sich die „Allianz für Deutschland“ unter Leitung der CDU als ein Bündnis formiert, das mit Nachdruck (und hoher Geschwindigkeit) auf die deutsche Wiedervereinigung drängte. Ihre Entsprechung auf den Straßen war der Slogan: „Wir sind *ein* Volk.“ Volk wurde damit zu einer Figur, die ausdrücklich an die Idee der Nation gebunden wurde. Deswegen schien es als eines (und genau eines). Aber ist das Volk genau eines?

Ethnokratie oder Demokratie?

Für den Begriff der Demokratie ist das nicht ganz unerheblich: Es wird derzeit viel geschummelt und von Demokratie gesprochen, während die Ethnisierung der Politik vorange-

trieben wird. Inzwischen sind ethnonationalistische Positionen unter dem Deckmantel der Demokratie Kernbestand rechtskonservativer Strategien, nicht nur in Europa. Das hat zuletzt die mit diplomatischen Begeisterungstürmen attestierte Rede von Trumps Secretary of State Marco Rubio bei der Münchner Sicherheitskonferenz unter Beweis gestellt.

Seiner Geschichtserzählung zufolge wurde Amerika „vor 250 Jahren“ aus europäischen Wurzeln gegründet, basierend auf dem christlichen Glauben. Die transkontinentale Achse sei „durch die tiefsten Bindungen miteinander verbunden, die Nationen teilen können: geschmiedet durch Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte, des christlichen Glaubens, der Kultur, des Erbes, der Sprache, der Abstammung und der Opfer, die unsere Vorfahren zusammen für die gemeinsame Zivilisation brachten, deren Erben wir sind“.

Nun gab es in Amerika bereits vor dem Beginn von Rubios Geschichtsschreibung eine Bevölkerung, die massenhaft verdrängt und vernichtet wurde und deren Leugnung ebenjene reale Auslöschung symbolisch wiederholt. Die Gleichsetzung der Vereinigten Staaten – einmal der Idealtyp eines *Melting Pot* und einer verfassungsbasierter Demokratie – mit dem Sendungsbewusstsein einer christlichen Zivilisation weißer Siedler ist abenteuerlich, die darin unterstellte Einheit des Volkes totalitär, ihre Konsequenz offen imperialistisch.

In den USA ist die amerikanische Bundesbehörde ICE aktiv damit beschäftigt, eine Einheit des Volkes im Sinne der ethnozentrischen Geschichtserzählung Rubios herzustellen. Aber sie begegnet dabei einem anderen Volk: Die Bevölkerung von Minneapolis hat es, unterstützt durch einen Generalstreik, bei beißenden Minusgraden, auf die Straße gebracht. Zigtausende haben sich der zunehmenden Gesetzlosigkeit von Trumps Desperados entgegengestellt und sich als ein anderes Volk behaupten können: *We, the people ...*

Eine vergleichbare politische Konstellation findet sich in unseren Nachbarländern, die sich an der Wahlurne bereits von der Demokratie entfernt haben: Auf den Straßen von Budapest hat die verbotene *Pride Parade* im vergangenen Juni Zigtausende versammelt, die der Welt nicht nur ein vielfältiges Bild von der Bevölkerung gezeigt, sondern auch eine alternative Erzählung zum autoritären Fidesz-Nepotismus initiiert haben. Vergangenes Wochenende statuierten über 100.000 Menschen in Prag ein ähnliches Exempel. Als Teil einer umfassenderen Demokratiebewegung könnten sie dazu beigetragen haben, dass sich die Ära Orbán im Niedergang befindet und die Regierung Babiš in Tschechien vielleicht gar nicht erst zur Entfaltung kommt. Denn ganz nach Belieben kann auch eine autoritäre Regierung ihre Bevölkerung nicht definieren. Am 12. April steht sie in Ungarn zur Wahl.

Wann und wo?

Aber wer ist das Volk und wie viele? Und: *Wann* ist das Volk und *unter welchen Voraussetzungen* – oder sogar: *wo*? Im Rahmen repräsentativer Demokratien ließe sich diese Frage mit Verweis auf die entsprechenden Wahlzyk-



Prag, 21. März 2026: prodemokratische Demonstration gegen den rechtspopulistischen tschechischen Premier Andrej Babiš

len beantworten. Das Volk wäre, vor diesem Hintergrund, das wahlberechtigte Volk, das sich am Wahlabend in der Wahlkabine artikuliert. Das ist der periodische, große Moment der Demokratie: Die Möglichkeit der freien und geheimen Wahl ist unbestritten ein Kernmoment der Demokratie und, ja, *dann* zeigt sich das Volk. Offensichtlich lassen sich demokratische Prozesse aber nicht darauf reduzieren – schon deshalb, weil sie Prozesse der demokratischen Willensbildung und des fortwährenden Interessenausgleichs in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens voraussetzen.

Damit ist das Volk aber bereits größer als das Wahlvolk der (repräsentativen) Demokratie. Immerhin sind zum Beispiel die jeweilige Staatsbürgerschaft oder Volljährigkeit keine Bedingung dafür, zu demonstrieren, zu veröffentlichen und Meinungen zu posten, an Arbeitskämpfen teilzunehmen oder bestimmte Kaufentscheidungen zu treffen. Außerdem ist das Wahlvolk außerhalb der Wahlkabinen in höchst hierarchisierter Weise an Willensbildungsprozessen beteiligt, abhängig von Kapital, Bildungsstand, Zugang zu meinungsbildenden Plattformen oder gar zur Codierung von Algorithmen.

Wo ist das Volk also? Es ist nicht nur in der Wahlkabine; es ist auch auf der Straße und im Supermarkt, in (wie auch immer algorithmisch verzerrter Form) sozialen Medien, am Arbeitsplatz und – weil auch dort Kämpfe um Lebensgestaltung und Willensbildung ausgetragen werden – in der Küche und im Kinderzimmer. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Dass sie sich aber fortsetzen lässt, ist ein Kernbestand der Demokratie. Wäre die Liste nämlich einmal fertig, wäre der Prozess der demokratischen Willensbildung auch schon vorbei. Insofern sind Fixierungen dessen, was das Volk sei, das Setzen von Trennlinien, die „unsere Leute“ von „den anderen“ abgrenzen, immer auch problematisch,



Das ist das prägende Ressentiment westlicher Demokratien: als hätten sie ihre beste Zeit (Wohlfahrtsstaat, Sozialwachstum, Interessenausgleich) bereits hinter sich.

um nicht zu sagen: autoritär. Das Volk ist so gesehen nicht mehr demokratisch, wenn es nur noch eines ist.

Alle Macht geht vom Volk aus

Die Frage, *wann* und *wo* das Volk ist, ist insofern komplizierter, als es scheint. Regiert das Volk nicht auch dann mit, wenn es gar nicht formal (im Sinne parlamentarischer Wahlen) gefragt wurde?

Die politische Philosophie hat darauf eine klare Antwort gegeben. Neben den institutionalisierten Prozessen der repräsentativen Demokratie hat sich in der politischen Philosophie ein „ontologischer“ Begriff der Demokratie entwickelt. Er findet sich beispielhaft in dem Theorieklassiker „Empire“ von Michael Hardt und Antonio Negri. Dort heißt es: „Selbst die Herrschaft von Dschingis Khan oder Timur war in dieser Hinsicht in gewisser Weise demokratisch, nicht anders als Cäsars Legionen, Napoleons Armeen oder die Truppen von Stalin und Eisenhower – denn alle ermöglichten die Partizipation der Bevölkerung, die ihr expansives Handeln unterstützte.“ Die dauerhafte Arbeit an der Gesellschaft und die Produktion der relevanten (symbolischen und materiellen) gesellschaftlichen Ressourcen sind ein kollektiver Prozess. Der Satz, dass alle Macht vom Volk ausgeht, ist demzufolge nicht nur normativ (*so möge es sein*), sondern auch deskriptiv (*so ist es*).

Das wirft abgründige Perspektiven auf: Der China-Experte Frank Sieren beschreibt in seinem Buch über das Zukunftsmodell der chinesischen Hightech-Metropole Shenzhen, wie die Machthaber im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas sehr sensibel auf Stimmungsbarometer und Meinungsentwicklungen reagieren, die durch die zahlreichen digitalen Überwachungssysteme registriert werden. „Bei uns dienen“, so Sieren, „abgesehen von Umfragen oder der klassischen ‚Sonntagsfrage‘, Wah-

len alle paar Jahre als Stimmungsbarometer. Peking bekommt die Stimmungslage quasi in Echtzeit mit.“

Tatsächlich haben diese seismografischen Überwachungsmechanismen ihre eigene Wirksamkeit. Über die verschiedenen Überwachungs- und Repressionsmechanismen hinaus und die kollektive Furcht, die von ihnen ausgeht, entsteht hier eine wechselseitige Beziehung: Die Furcht der Massen vor dem zentralistischen Staatsapparat ist nicht unbedingt größer als andersherum.

(We've Had) The Time of Our Lives

Allem Anschein nach ist die allgemeine Zufriedenheit mit wachsendem gesellschaftlichen Wohlstand, erfolgreicher Armutsbekämpfung, hohen Raten an individuellem Wohneigentum, gigantischen Investitionen in eine hochtechnologische Infrastruktur und sichtbaren Erfolgen mit grünen Technologien in China durchaus nicht so gering. Das färbt auch auf die Lifestylekultur der westlichen Hemisphäre ab. In den sozialen Medien trendet der sinophile Satz „You met me at a very Chinese time of my life“ – gepaart mit kulinarischen oder touristischen Empfehlungen aller Art.

Diese Art politischer *Chineseness* ist abgründig, ein Tanz mit dem Teufel des staats- und parteizentrierten Kapitalismus, sozusagen *Dirty Dancing*. Immerhin ist das chinesische Modell für den Preis der Einschränkung von Freiheitsrechten und extremen Formen der Überwachung und Disziplinierung erkaufte. Aber warum sollte die Idee einer gesellschaftlichen Entwicklung, die auf Zukunftstechnologie basiert, dabei ökologische Krise und Armutsbekämpfung gleichermaßen in Angriff nimmt und ein umfassendes Wohlstandsversprechen für die Vielen ermöglicht, nicht auch ohne diese Nebenkosten zu haben sein?

Der Leitsong „(I've Had) The Time of My Life“ des Hollywood-Erfolgsfilms „Dirty Dancing“ von 1987 beschwört eine Zeit gesteigerten Glücks. Mindestens aus heutiger Perspektive reflektiert er auch eine gesellschaftliche Grundstimmung. Verstärkt durch die Tatsache, dass der Song selbst beinahe 40 Jahre alt ist, projiziert dieser die Zeit unseres Lebens in die Vergangenheit. Das ist das prägende Ressentiment westlicher Demokratien: als hätten sie ihre beste Zeit aus wohlfahrtsstaatlicher Stabilität, gesellschaftlichem Wachstum, politischen Massenbewegungen und einem relativ soliden Interessenausgleich bereits hinter sich.

Im Song ist diese Frage gelöst. Trotz seiner Nostalgie lässt „(I've Had) The Time of My Life“ auch Zukunftsszenarien entstehen. Die verheißungsvolle Zukunft ist an eine konkrete Adresse gerichtet, an die die Wiederkehr einer *time of our lives* geknüpft ist: „And I owe it all to you“ – ich verdanke alles dir/euch.

So einfach, so wahr: Auch wir verdanken die politischen Glücksmomente des demokratischen Aufbruchs einer lebendigen politischen Kultur, in der sich ein *demos* artikuliert. Solch ein Aufbruch bedeutet, die gemeinsamen gesellschaftlichen Belange in den Vordergrund zu rücken, die durch institutionelle Verkrustungen und die Monopolisierung gesellschaftlicher Ressourcen immer wieder verloren gehen. Alle Macht geht von der Bevölkerung aus. ■